



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 24.11.2021, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Haushaltsplan 2022 und Finanzplanung mit
Investitionsprogramm 2021-2025
- Stellungnahmen der Mitglieder des Gemeinderats
zum Haushaltsplan**

Vorl.Nr. 371/21

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Forum (Bürgersaal). Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit. Online zugeschaltet sind Stadtrat Dogan (ab 19:20 Uhr), Stadträtin Clausen, Stadtrat Girrbach, Stadträtin Dr. Knoß, Stadtrat Lutz, Stadtrat Schreiber, Stadträtin Shoaleh und Stadtrat Prof. Vierling. OBM Dr. Knecht stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Für die Bürgerschaft stehen Sitzmöglichkeiten im Saal, unter Einhaltung der Hygienevorschriften, bereit. Sodann ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die Stellungnahmen und Haushaltsreden der Mitglieder des Gemeinderates erfolgen in folgender Reihenfolge beginnend mit Stadtrat **Sorg**, Stadtrat **Herrmann**, Stadtrat **Weiss**, Stadtrat **Dr. O'Sullivan**, Stadtrat **Eisele** sowie Stadtrat **Müller**. Die Haushaltsreden sind, dem Protokoll als Anlage beigefügt.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Beiträge zum Haushaltsentwurf 2022 und verweist auf die anstehenden Haushaltsberatungen.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) gibt EBMIn **Schmetz** einen aktuellen Bericht aus dem Corona-Krisenstab. Weiter stellt sie eine Übersicht sowie einen Maßnahmenplan zur Impfung vor.

Darauffolgend führt Stadtrat **Prof. Vierling** aus: „Zunächst zu unserem Antrag. Ich bitte Sie, Kolleginnen und Kollegen und Herr Oberbürgermeister, stimmen Sie unserem Antrag zu! Wir haben noch dramatische Impflücken bei Erst- und Zweitimpfungen der Familien von Kindergartenkindern und Schulkindern. Schützen wir die Kinder, machen wir es weiter möglich, dass sie in Kindergärten und Schulen gehen, indem wir ihre Familien intensiv informieren darüber, wie wichtig und wunderbar der Schutz durch Impfungen ist und indem wir niederschwellig Impfangebote bringen an die Kindergärten und Schulen für die Familien der Kinder. Wir wissen mindestens seit den Sommerferien, dass das getan werden muss, weil wir erkannt haben, dass sich der Impffortschritt verlangsamt. Unternommen hat die Stadt zu wenig, und das zu spät. Wir haben vor zwei Monaten anlässlich der Luftfilter-Debatte alle betont, dass es in der Hauptsache um Impfen, Impfen und nochmals Impfen gehen muss. Dafür unternommen hat die Stadt zu wenig, und das zu spät.“

Wir Grüne haben vor einem Monat unseren förmlichen Antrag eingereicht. Nur auf unser Drängen steht er nach diesem Monat zur Beratung an. Und die Stadtverwaltung hat für heute eine Informationsvorlage vorgelegt. Was steht da drin zum Schließen der Impflücken der Kita- und Schülerfamilien: Wieder einmal: so gut wie nichts Substanzielles wurde unternommen und auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, in diesen letzten zwei Monaten hat sich die Dramatik der Corona-Ansteckungszahlen überschlagen. Aktuell zeigt sich die Stadtverwaltung komplett überfordert, auf die riesige Booster-Nachfrage ansatzweise angemessen zu reagieren. Die sporadischen Pop-Up-Impfangebote sind immer innerhalb weniger Stunden bis zum Jahresende ausgebucht; wo Impfen ohne Terminvereinbarung angeboten wird, da stehen die Interessenten bis zu drei Stunden in Kälte und Dunkelheit an. Die Tragödie ist doch, dass wir, weil wir zu untätig waren, den noch ungeimpften derzeit gar kein zeitnahes zumutbares Angebot zur Impfung machen können, weil die Booster-Nachfragemenge über uns hereingebrochen ist.

Heute ist ja auch Tag der Haushaltsdebatte. Ich frage Sie: Wo bleiben denn die fälligen fünf- bis sechsstelligen Beträge für eine außerplanmäßige Ausgabe „Impfen in der Stadt“ für die Monate November und Dezember 2021?

Wir brauchen jetzt für die ungeimpften Zielgruppen in den Stadtteilen und an den KiTas und Schulen sofortige Angebote zur freiwilligen Impfung, sonst verhindern wir die wesentliche rechtliche Voraussetzung für eine spätere Impfpflicht: Eine Impfpflicht kann nur verfassungskonform sein, wenn im Vorfeld intensive Impfaufklärung und zugängliche Impfangebote stattgefunden haben. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag.

Sie sehen, wir haben den Antrag jetzt noch erweitert um Impfinformationen und Impfangebote für die 5- bis 11-Jährigen, für die der Impfstoff voraussichtlich ab morgen zugelassen sein wird. Da dürfen wir den Möglichkeiten nicht abermals monatelang hinterherlaufen.

Und über den Antrag hinaus muss man jetzt bei den allgemeinen Impfmöglichkeiten einmal deutlich werden: Hören wir auf, uns hinter dem Land oder Landkreis oder hinter Arztpraxen zu verstecken. Herr Knecht, machen Sie das Impfen in der Stadt zur Chefsache, so wie das Oberbürgermeister in anderen Städten tun. Wir brauchen - erstens glaubwürdige Impfpflicht - auch des Gemeinderats - Wir werden für so einen gemeinsamen Impfpflicht des Gemeinderats in den nächsten Tagen auf die anderen Fraktionen zugehen - und zweitens brauchen wir sehr zeitnahe Impfmöglichkeiten in der Stadt für alle Impfwilligen und Impffähigen. Worauf warten wir noch? Wer es nicht glauben will, erkundige sich mal im Klinikum: Es geht um Leben und Tod.“

Stadtrat **Herrmann** dankt für die ausführliche Mitteilungsvorlage, die Übersicht und Darstellung des Maßnahmeplans zur Impfung. Die Stadt versuche die Versäumnisse auszugleichen, die das Land durch die Schließung der Impfzentren gemacht habe. Das setze aber auch voraus, dass genügend Impfstoff vorhanden sei.

Für ihn habe sich der Antrag der Grünen-Fraktion Vorl. Nr. 366/21 durch die umfassende Darstellung erledigt. Er ermuntere die Verwaltung, weiter voranzugehen: Nach Möglichkeit solle auch in kleinen Räumen geimpft werden. So könnten, wenn möglich, z.B. auch 5 bis 11-jährige in Kita-Räumen geimpft werden.

Stadtrat **Weiss** teilt mit, die Vorgehensweise der Stadtverwaltung sei aus seiner Sicht vernünftig. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten. Eine Aufgeregtheit an den Tag zu legen sei nicht angebracht, hierfür daure die Pandemie schon zu lange. Die Impfstoffkapazitäten seien derzeit begrenzt. Den Antrag der Grünen-Fraktion sehe er als erledigt an.

Stadträtin **Liepins** dankt für den Bericht. Die Politik habe die Kommunen und Landkreise allein gelassen. Die Stadt tue ihr Möglichstes, der Antrag der Grünen Fraktion sei daher scheinheilig und populistisch. Bund und Land seien in der Pflicht. Eine Aufklärung für Eltern von Kleinkindern sei nicht erforderlich, solange es für Kinder unter 5 Jahren keine Impfeempfehlung gebe.

Das Herunterfahren der Impfinfrastruktur der Impfzentren sei ein klares Versagen der Landesregierung, so Stadtrat **Haag**. Mehr Impfaufklärung werde benötigt. Das Faltblatt sei gut und sinnvoll. Es stelle sich aber die Frage, wie komme man an Gruppen und können Impfaufklärung betreiben, die man bisher nicht erreiche.

Aus Sicht von Stadtrat **Müller** seien Kitas und Schulen verlässliche Wege um Eltern anzusprechen. Von daher verstehe er den Antrag der Grünen-Fraktion dahingehend, über diesen Weg einen zusätzlichen Kommunikationskanal zu schaffen.

Stadtrat **Prof. Vierling** teilt mit, aus seiner Sicht habe sich sein Antrag nicht erledigt. Der Hinweis, dass es Informationen des Robert-Koch-Instituts gebe, reiche nicht aus. Eine Impf-Informationenkampagne solle gestartet werden. Gerade in Kitas und Schulen solle das Angebot ausgeweitet werden. Wenn ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss gefasst werde, stärke dies auch der Verwaltung den Rücken.

Von einem „Rücken stärken“ könne nicht gesprochen werden, wenn der Stadtverwaltung eine Überforderung vorgeworfen werde, entgegnet OBM **Dr. Knecht**. Seit Wochen arbeite die Stadtverwaltung mit vollem Einsatz am Thema Impfen. Es mangle aber an ärztlichem Personal und vor allem aber an ausreichend Impfstoff. Nicht die Stadtverwaltung sei überfordert, sondern die Kapazitäten an Fachpersonal und Impfstoff seien begrenzt.

BMin **Schmetz** ergänzt und geht auf das Thema Mehrsprachigkeit ein. Sie beantwortet Rückfragen der Gremiumsmitglieder.

Aus Sicht von Stadtrat **Rothacker** sei der Antrag, wie von Stadtrat Prof. Vierling dargestellt, populistisch. Er kündigt an, den Antrag ablehnen zu wollen, sollte über den Antrag abgestimmt werden.

TOP 2

Aktueller Bericht aus dem Corona-Krisenstab

Auch Stadtrat **Herrmann** werde bei einer Abstimmung gegen den Antrag stimmen. Nicht weil er gegen den Antrag sei, sondern er die Auffassung vertrete, dass der Antrag erledigt sei.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** betont sein Vertrauen in die Arbeit der Stadtverwaltung. Er habe inhaltlich nichts gegen den Antrag der Grünen-Fraktion, wolle sich aber nicht mit „Scheinanträgen“ beschäftigen. Er werde daher ggf. ebenfalls gegen den Antrag stimmen.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, ihm sei die inhaltliche Anregung wichtig gewesen. Er werde den Antrag nicht aufrechterhalten, weil es keinen Sinn mache, wenn der Antrag abgelehnt werde.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, der ergänzte Antrag Vorl. 366/21 der Fraktion Bündnis 90/die Grünen sei damit zurückgezogen. Eine Abstimmung sei nicht notwendig.

TOP 2.1

- Übersicht und Maßnahmenplan zur Impfung

Vorl.Nr. 398/21

Vgl. TOP 2

TOP 2.2

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.10.2021

Vorl.Nr. 366/21

Beratungsverlauf:

Vgl. TOP 2

Beschluss:

Der Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Ludwigsburg, Kornwestheim, Bietigheim-Bissingen und Remseck a.N. und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur „Einrichtung und Betrieb einer gemeinsamen örtlichen Erhebungsstelle Zensus 2022“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Metzger
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 343/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept Eglosheim wird als informelle Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Es dient als ganzheitlicher Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtteilentwicklung Eglosheims.
2. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des STEP-Prozesses Eglosheim. Für die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen mit Kostenfolgen sind jeweils gesonderte Beschlüsse in den gemeinderätlichen Gremien erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Maier
- Stadträtin Metzger
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die drei Vorberatungen in den Ausschüssen und die dort jeweils einstimmig gefassten Beschlussempfehlungen. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 364/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Neufassungen der Entgeltordnung zur Benutzung Ludwigsburger Sportstätten (Anlagen 1 und 2 zur Vorlage Nr. 346/21) treten zum 01.01.2022 beziehungsweise zum 01.01.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) am 17.11.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht, auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 346/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Haushaltsabschluss 2020 und der vorläufige Haushaltsabschluss 2021 werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen für das Haushaltsjahr 2022 sowie dem damit verbundenen Wirtschaftsplan wird zugestimmt.
3. Für das Haushaltsjahr 2022 wird ein Zuschuss i.H.v. 237.500 EUR für die Scala Kultur Live gGmbH bewilligt und vorbehaltlich der Haushaltsbeschlussfassung und -genehmigung 2022 freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Meyer
 - Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 361/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2020 und die Spielzeitbilanz 2021 der Scala Kultur Theatersommer gGmbH werden zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2022 wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2022 wird zur Durchführung des Programms ein Förderbetrag i.H.v. 122.217,50 Euro bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Meyer
 - Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 356/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31.12.2020 wird gemäß Anlage 1, 1a festgestellt.
2. Ergebnisverwendung
Das Geschäftsjahr 2020 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von – 1.118.212,13 EUR und einem Sonderergebnis von 6.408, 59 EUR ab. Der Überschuss des Sonderergebnisses wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnis verrechnet und der daraus ermittelte Verlustbetrag in Höhe von insgesamt 1.111.803,54 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Meyer
 - Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 368/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 363/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 29 „Hintere Halden II“ in Ludwigsburg wird beschlossen. Maßgebend ist der Plan (Anlage 1) und die Begründung (Anlage 2) des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung zur Flächennutzungsplanänderung jeweils mit Datum 29.10.2021.
- II. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Meyer
- Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 18.11.2021 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 367/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

Entsprechend dem Antrag der Geschäftsstelle des gemeinsamen Gutachterausschuss Ludwigsburg und Umgebung vom 20.09.2021 und auf Vorschlag des Finanzamts Ludwigsburg als zuständige Finanzbehörde wird Herr Albrecht Fröhlich als ehrenamtlicher Gutachter zur Ermittlung von Grundstückswerten und sonstigen Wertermittlungen im Sinne von §§ 192 bis 199 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 1 und 2 Gutachterausschussverordnung (GuAVO) sowie § 15 Gemeindeordnung (GemO) bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Meyer
 - Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 09.11.2021. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 291/21 Beschluss fassen.